

Antrag

des Abg. Dr. Christian Jung u. a. FDP/DVP

Beschleunigung der Sanierung und des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

- I. zu berichten,
 1. welche Schwerpunkte und Initiativen sie gegenüber der neuen Bundesregierung im Rahmen des fortgesetzten Pakts für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung setzen bzw. einbringen wird;
 2. wie sie die Schaffung geschlossener Finanzierungskreisläufe mit einer Überjährigkeit der Finanzierung sowie die Einführung eines Drei-Säulen-Modells bestehend aus Haushalt, Nutzer sowie privatem Kapital bewertet mit der Angabe, welche der genannten Bausteine sie im Land entsprechend einzuführen plant;
 3. wie sie gegenüber dem Bund für die Einsetzung der Mittel des Sondervermögens insbesondere im Bereich der Brücken- und Tunnelsanierungen – sowohl bei Autobahnen im Land, für die ausschließlich der Bund zuständig ist, aber auch bei Bundesstraßen - für eine beschleunigte Umsetzung der Maßnahmen eintreten wird;
 4. wie sie die Schaffung des Eisenbahninfrastrukturfonds sowie die Ankündigung steigender Investitionsmittel für den Schienenverkehr bewertet mit der Angabe, ob sie hiervon eine Beschleunigung der Fertigstellung von Vorhaben in Baden-Württemberg erwartet;
 5. ob ihr Erkenntnisse darüber vorliegen, dass die im Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags genannte Digitalisierung mit Priorisierung der Schwerpunkt Digitale Stellwerke und flächendeckende ETCS-Ausrüstung zeitnah eine Entscheidung für die dritte Stufe von ETCS im Zuge von Stuttgart 21 ermöglichen wird sowie weitere Vorhaben tatsächlich umgesetzt werden;
- II.
 1. dem Landtag eine Liste zu übermitteln, aus der hervorgeht, bei welchen Autobahnmaßnahmen sie auf eine beschleunigte Realisierung dringen wird;
 2. dem Landtag eine aktualisierte Umsetzungskonzeption für den Bedarfsplan 2016 im Zusammenhang mit dem Bundesfernstraßenausbaugesetz sowie überarbeitete Planungen für die Sanierung von Brücken und Tunneln im Zuge von Bundesstraßen vorzulegen.

13.5.2025

Dr. Jung, Haag, Dr. Rülke, Haußmann, Dr. Schweickert, Brauer, Fink-Trauschel, Fischer, Hoher, Reith
FDP/DVP

Begründung

Der Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags enthält eine Vielzahl an Ankündigungen und pauschalen Aussagen. In Aussicht gestellt ist ein deutlicher Mittelaufwuchs im Bereich Straße und Schiene. Das ermöglicht es dem Land, im Zuge der Bundesauftragsverwaltung Bundesstraßen schneller zu sanieren und zu bauen.